



Medienmitteilung des Schweizerischen Bauernverbandes vom 29. Mai 2002

Botschaft zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik: Anliegen der Bauernfamilien zu wenig berücksichtigt

Die Vorstellung der Botschaft zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik (AP 2007) durch den Bundesrat fällt in eine Zeit, in der die Bauernfamilien mit schwerwiegenden wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen haben und der durchschnittliche Arbeitsverdienst je Familienarbeitskraft nur noch Fr. 30'400.- pro Jahr beträgt. Die Weiterentwicklung der Agrarpolitik muss daher unbedingt den Anliegen und der Situation der direktbetroffenen Bauernfamilien mehr Rechnung tragen. Der SBV ist enttäuscht darüber, dass die von ihm und anderen landwirtschaftlichen Organisationen sowie von vielen Kantonen in der Vernehmlassung vorgebrachten Vorschläge weitgehend übergangen wurden.

Bei der Frage der Milchkontingentierung ist der SBV mit den Vorschlägen des Bundesrates nicht einverstanden. Bezüglich Rahmenkredit hält der SBV an seiner Forderung nach einem Ausgleich der Teuerung fest. Es liegt nun am Parlament, markante Verbesserungen zu beschliessen und damit bessere Perspektiven für die Bauernfamilien zu schaffen.

Nach einer ersten Wertung kommt der SBV in den beiden zentralen Punkten Milchkontingentierung und Rahmenkredit zu diesen Schlussfolgerungen:

Milchkontingentierung

Der SBV begrüsst, dass die Kompetenz beim Parlament bleiben soll. Dies ermöglicht eine breite öffentliche Diskussion in dieser wichtigen Frage. Die Botschaft setzt voraus, dass der Ausstieg aus der Milchkontingentierung die einzige Möglichkeit ist, die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizerischen Milchwirtschaft aufrecht zu erhalten und untermauert dies mit einem Ausstiegskonzept. Die Begründungen (Entwicklungen in der EU, Kontingentskosten) sind an sich nachvollziehbar. Der abgeleitete Lösungsvorschlag greift jedoch zu kurz. Die Aufhebung der Milchkontingentierung hätte zweifellos eine weitere massive Senkung des Milchpreises zur Folge. Eine solche ist für die Milchproduzenten, deren wirtschaftliche Situation schon heute sehr schwierig ist, nicht verkraftbar. Die Vorschläge des Bundesrates zeigen nicht auf, wie die Situation für diesen wichtigen Produktionsbereich der Landwirtschaft verbessert werden kann. Der SBV ist gegen eine Aufhebung der Kontingentierung. Er ist jedoch - wie schon in seiner Vernehmlassungsantwort dargelegt - offen für eine Flexibilisierung, mit welcher der jeweiligen Marktsituation optimal Rechnung getragen werden kann.

Rahmenkredit für die Landwirtschaft 2004-2007

Der SBV ist enttäuscht darüber, dass der Bundesrat den Bauernfamilien die legitime Gewährung eines Teuerungsausgleichs auf dem Rahmenkredit 2004-2007 vorenthalten will. Das staatliche Engagement für die Schweizer Landwirtschaft umfasst hauptsächlich die Abgeltung derer gemeinwirtschaftlichen Leistungen. Das Erbringen dieser Leistungen ist mit Kosten verbunden, die auch der Teuerung unterliegen. Verschiedene Exponenten des Bundes haben sich im Zusammenhang mit der AP 2007 dahingehend geäußert, den neuen Rahmenkredit um die Teuerung zu erhöhen. Zudem wurde noch in der Vernehmlassungsunterlage vom Herbst 2001 vorgesehen, bei den Direktzahlungen und bei den Mitteln im Bereich der Grundlagenverbesserungen einen jährlichen Teuerungsausgleich von 1,5 Prozent zu gewähren. Mit dem vorgeschlagenen Finanzrahmen ist dieses Ziel nicht zu erreichen. Dieser Rückzieher ist ein Verstoß gegen Treu und Glauben und wird das Vertrauen der Bauern, die in einem schwierigen Markumfeld bestehen müssen, in die Agrarpolitik nicht fördern.

Mit den bundesrätlichen Vorschlägen ist die Erfüllung des vom Volk mit fast 80 Prozent gutgeheissenen Verfassungsauftrages nicht möglich. Der SBV geht davon aus, dass das Parlament der Erfüllung des Volkswillens oberste Priorität einräumt.



SBV Schweizerischer Bauernverband **USP** Union Suisse des Paysans **USC** Unione Svizzera dei Contadini **UPS** Uniun Purila Svizra

Der SBV wird seine detaillierten Verbesserungsvorschläge zur gegebenen Zeit den Mitgliedern des Eidgenössischen Parlaments und der Öffentlichkeit unterbreiten.

Für weitere Informationen:

Urs Schneider, Leiter Departement Kommunikation SBV, Tel. 056 462 51 11,
Natel 079 438 97 17

Roland Furrer, Departement Kommunikation SBV, Tel. 056 462 51 11,
Natel 079 432 29 15